

www.kommunale-initiative.de

**Die basisdemokratische Liste im Stadtrat von Aschaffenburg – *Unbequem aus Verantwortung!*

KI – c/o J. Zahn - Braugasse 5 - 63743 Aschaffenburg*



Kommunale Initiative
[*unbequem aus Verantwortung]

An den Oberbürgermeister
Jürgen Herzing

Den Medien zur Kenntnis

Antrag – Neuordnung der Rahmenbedingungen des Klinikums Aschaffenburg-Alzenau

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das von der Stadt und dem Landkreis Aschaffenburg 2015 implementierte Konstrukt für den Betrieb des Klinikums Aschaffenburg-Alzenau ist gescheitert. Wäre das Klinikum ein Privatbetrieb und befände sich nicht in kommunaler Hand, müsste es aufgrund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen Insolvenz anmelden. Allein für das kommende Jahr wird mit einem Defizit von ca. 44 Mio Euro gerechnet. Angesichts dieser dramatischen Situation stellt die Kommunale Initiative (KI) folgenden

ANTRAG:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat einen Vorschlag mit Zeitplan zur Erstellung eines Neuordnungs-Konzepts für das kommunale (Stadt- und Landkreis Aschaffenburg) Klinikum unter Hinzuziehung fachlich exzellenter externer Expertise zu unterbreiten. Dabei sind folgende Sachverhalte zu Grunde zu legen:

1. Das 2015 für den Betrieb des Klinikums von Stadt und Landkreis beschlossene Konstrukt ist gescheitert. Als entscheidender Fehler erwies sich dabei die Übertragung der Gesamtverantwortung für den betriebswirtschaftlichen Erfolg des Klinikums auf Gremien außerhalb der kommunalen Zuständigkeit von Stadt und Landkreis Aschaffenburg. Den kommunalen Parlamenten von Stadt und Landkreis wurden entscheidende Mitwirkungs- und Kontrollrechte entzogen. Ihre Budget-Hoheit wurde beschnitten. Sie waren ab diesem Zeitpunkt de facto nur noch für die Deckung der steigenden Betriebsdefizite des Klinikums verantwortlich, wobei ihnen noch nicht einmal umfassende Informationsrechte z.B. über die Ursachen und das Zustandekommen der Defizite zustanden. Zwar gehörten und gehören einige Vertreter des Stadt- und Kreistages sowie der Oberbürgermeister und der Landrat dem Aufsichtsrat des Klinikums an. Sie sind jedoch wegen der Vertraulichkeit der Beratungen und Beschlüsse dieses Gremiums weder befugt noch verpflichtet, die kommunalen Parlamente hierüber vollumfänglich zu informieren. Diese Situation hat zum Beispiel zu der geradezu grotesken Situation geführt, dass Mitglieder des Aufsichtsrates des Klinikums im Stadtrat für das Gegenteil dessen votierten, was sie soeben im Aufsichtsrat des Klinikums beschlossen hatten. Im Aufsichtsrat Beschluss **für** den

c/o J. Zahn
Braugasse 5
63743 Aschaffenburg
Tel: 06021/8629875

18.12.2024

E-Mail:
j.zahn@kommunale-initiative.de
Web:
www.kommunale-initiative.de

*Die basisdemokratische
Liste im Stadtrat von
Aschaffenburg*

Mitglied bei attac und
Mehr Demokratie e.V.

Austritt des Klinikums aus dem kommunalen Arbeitgeberverbandes, im Stadtrat **B e s c h l u ß d e s G e g e n t e i l s** durch Dr. Henke (SPD). Oberbürgermeister Herzing hat ebenfalls im Aufsichtsrat für diesen Beschluss votiert, danach jedoch erklärt, durch Nicht-Beteiligung an der Abstimmung im Stadtrat ebenfalls für den Austritt des Klinikums gestimmt zu haben. Diese absurde Situation muss beendet werden. So kann ein kommunales Klinikum nicht geführt und betrieben werden. Damit wird das verfassungsmäßige Recht der kommunalen Selbstverwaltung de facto ausgehebelt.

2. Die im November 2019 erfolgte Betrauung von Herrn Lehotzki mit der Leitung des Klinikums hat sich als Fehlentscheidung erwiesen. **Herr Lehotzki muss schnellstmöglich aus dieser Funktion entlassen werden.** Die Berufung erfolgte vor allem mit dem Ziel, den wirtschaftlichen Erfolg des Klinikums zu sichern. Dieses Ziel wurde in drastischer Weise verfehlt. Während das jährliche Defizit in den ersten drei Jahren der Amtsführung des Herrn Lehotzki noch bei durchschnittlich rund 11,5 Mio Euro lag, stieg es in den Folgejahren kontinuierlich und rasant an, und zwar wie folgt:

2023: 15,5 Mio Euro
2024: 34,8 Mio Euro
2025: 44,00 Mio Euro (prognostiziert)

3. Die Weigerung der Stadt und des Kreises, Teile der Gewinne der Sparkasse AB-Miltenberg zur Deckung der Defizite des Klinikums heranzuziehen, hat zu einer wesentlichen Verschärfung der aktuellen Finanzkrise Aschaffenburgs geführt. Sollte diese nicht gelöst werden, kommt möglicherweise kein genehmigungsfähiger Haushalt zustande, was ein Einschreiten der Regierung von Unterfranken als Kommunalaufsicht zur Folge haben würde. Schon vor Jahren hat die KI unter Verweis auf Gutachten - öffentliche Präsentation in Aschaffenburg im Juli 2016 - des Wirtschafts- und Finanzexperten Professor Dr. Guido Eilenberger (Gutachter zu allen Gebieten des Bankwesens), sowie Herrn Dr. Gottwald (promovierter Betriebswirt, Ex-Inspektor Landratsamts, Sprecher des Bürgernetzwerk Bayern) die durch die Situation gebotene Heranziehung von Teilen des Gewinns der im Besitz von Stadt und Landkreis Aschaffenburg bzw. befindlichen Sparkasse gefordert, wie sie jetzt auch von der Sprecherin der Grünen im Aschaffener Kreistag, Sylvia Hein, zur Diskussion gestellt wurde. In zahlreichen Gemeinden in Deutschland geschieht dies bereits seit langem; in Bayern in folgenden Kommunen:

Stadtsparkasse München: 8,0 Mio. €
Sparkasse Nürnberg: 5,5 Mio. €
Sparkasse Regensburg: 4,75 Mio.
Stadtsparkasse Augsburg: 2,0 Mio. €
Sparkasse Ingolstadt-Eichstätt: 0,5 Mio. €
Kreissparkasse Fürstenfeldbruck: 1,62 Mio. €

Quelle: Geschäftsberichte der Sparkassen 2023 im Bundesanzeiger

Die Behauptung, die Gewinne der Sparkasse seien so gering, dass sie nicht nennenswert zur Gewinnabführung beitragen könnten, sind nachweislich falsch. Wie Prof. Dr. Eilenberger und Herr Dr. Gottwald schon 2019 unter Angaben konkreter Zahlen und Fakten nachgewiesen haben, wirft der Betrieb der Sparkasse Gewinne in

erheblichem Umfang ab, die unter diversen Bezeichnungen und Titeln in den Bilanzen „versteckt“ werden.

Berechnung Eigenkapital, Rücklagen:

Jahr	2023	2022	2021	2020
Bestand Fonds für allgem. Bankrisiken (Passiva 11) *)	180,0 Mio. €	230,0 Mio. €	230,0 Mio. €	230,0 Mio. €
Bestand Sicherheitsrücklage (Passiva 12c)	266,7 Mio. €	249,4 Mio. €	245,3 Mio. €	242,0 Mio. €
Summe (= Rücklage nach der Bilanz)	446,7 Mio. €	479,4 Mio. €	475,3 Mio. €	472,0 Mio. €

*) Geschäftsbericht S. 7 und 11:

Anmerkung: Die gesetzlich vorgeschriebenen Risikovorsorgen (https://www.bankingsupervision.europa.eu/about/banking-supervision-explained/html/hold_capital.de.html) sind weit überdotiert.

Bislang wurde keine der von Prof. Dr. Eilenberger und Herr Dr. Gottwald angeführten Zahlen und Fakten widerlegt. Gegen die Feststellungen gab es lediglich zumeist polemisch gefärbte pauschale Einwände. Es ist hoch an der Zeit, die ideologischen Scheuklappen abzulegen und sich sachbezogen mit dem Thema Gewinnabführung der Sparkasse zu befassen. Dies ist angesichts der aktuellen Situation dringend geboten.

Mit freundlichen Grüßen - Jürgen Zahn, Stadtrat